

Universität Bielefeld

Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung
Leiter: Prof. Dr. W. Heitmeyer

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005.

Zusammenfassungen zentraler Ergebnisse

Texte zur Pressekonferenz am 15.12.2005 in Berlin

(Ausführliche Darstellungen in „Deutsche Zustände“, Folge 4, Suhrkamp 2006)



Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

Inhalt

1. Jürgen Mansel/Kirsten Endrikat/Sandra Hüpping
Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten.
2. Carina Wolf/Elmar Schlüter/Peter Schmidt
Relative Deprivation.
Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen.
3. Sandra Hüpping
Anomia.
Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung.
4. Kirsten Endrikat
Jüngere Menschen.
Größere Ängste, geringere Feindseligkeit.
5. Andreas Zick/Beate Küpper
Politische Mitte. Normal feindselig.
6. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel
Islamophobie. Differenzierung tut not.
7. Frank Asbrock/Ulrich Wagner/Oliver Christ
Diskriminierung. Folgen der Feindseligkeit.
8. Beate Küpper/Andreas Zick
Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung.

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

1. Jürgen Mansel/Kirsten Endrikat/Sandra Hüpping

Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten.

Ausgangspunkt der Analysen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) und der Abwertung von schwachen Gruppen (Ausländer, Obdachlose, Behinderte, Homosexuelle etc.) in der Bevölkerungsmehrheit sind Beobachtungen zu vier unterschiedlichen, aber miteinander verwobenen krisenbehafteten Entwicklungen, die sich schon seit einigen Dekaden anbahnen.

- Infolge der *Strukturkrise* sind zunehmend mehr Haushalte von Arbeitslosigkeit betroffen, so dass in der Bevölkerung die Angst vor Arbeitslosigkeit größere Kreise zieht. Damit geht einher, dass der Anteil der Menschen wächst, die davon ausgehen, dass sich ihre wirtschaftliche Situation verschlechtert (2002: 23,8 %, 2005: 37,5 %) und sich damit auch in ihren Konsumchancen als beeinträchtigt erleben.
- Um die sich in der Krise bietenden Optionen nutzen zu können, erschienen vielen Menschen soziale Beziehungen und Bindungen eher kontraproduktiv, weil sie die Mobilität und damit die Chancenverwertung behindern. Bindungen werden den Nutzenkalkülen untergeordnet, so dass die Beziehungen und (Nachbarschafts-)Netzwerke labiler werden (*Kohäsionskrise*). Über 40 % der Bundesbürger sind überzeugt, dass es zunehmend schwieriger wird, echte Freunde zu finden.
- Wahrgenommene Chancenlosigkeit schürt das Verlangen nach einer Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Infolge übermächtiger Strukturen beurteilen die Bürger aber sowohl die Möglichkeiten der politisch Verantwortlichen als auch die eigenen, auf der politischen Ebene den beklagten Entwicklungen entgegenwirken zu können, eher gering (*Regulationskrise*). Der Anteil derjenigen, die sich politisch als machtlos erleben, lag 2002 bei 57,1 % und 2005 bei 66,3 %.
- Bisher geltende Normen und Werte, handlungsregulierende Mechanismen und gesellschaftlich und generativ geteilte Versorgungsprinzipien im Hinblick auf die Solidargemeinschaft werden auf der politischen Ebene nur noch bedingt umgesetzt. Sie scheinen damit an Verbindlichkeit zu verlieren und führen dadurch auch zu einem Legitimationsverlust der politisch Verantwortlichen. Der Anteil derjenigen, die die fehlende Solidarität mit Hilfsbedürftigen kritisieren, ist in 2005 auf 38,9 % angestiegen. Mit der Kritik kündigen Bürger zumindest teilweise die Loyalität gegenüber dem politischen System auf (*Loyalitätskrise*).

Von diesen Krisen, die sich auf der Individualebene in Form von Desintegrationsprozessen niederschlagen, sind erwartungsgemäß Personen am unteren Ende der Sozialhierarchie am stärksten betroffen, aber auch Personen in mittlerer Soziallage sind erheblich tangiert. Letzteres ist insbesondere insofern von Bedeutung wie Personen in mittlerer Soziallage zum Vergleich zu jenen am unteren Ende der Sozialhierarchie bei einem sozialen Abstieg viel mehr zu verlieren haben.

Von den Personen, die infolge ihres Bildungsabschlusses, des Sozialprestiges des ausgeübten Berufs und dem Haushalts-Prokopf-Einkommen im unteren sozialen Fünftel eingruppiert wurden, geben 53,7 % an, dass sie „sehr große“ oder „große“ Angst haben, arbeitslos zu werden, in mittlerer Soziallage sind es 40,3 % und in sozial gehobener Lage 25,1 %. Im Hinblick auf den Lebensstandard gibt jede/jeder Fünfte in unterer Soziallage, aber nur je-

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

de/jeder Hundertste in gehobener Sozillage an, sich so gut wie gar nicht leisten zu können. Im unteren sozialen Fünftel sind somit über zwanzigmal so viele in dieser Hinsicht betroffen wie im oberen Fünftel. Aber auch in mittlerer Lage geben über sechsmal so viele Personen an, sich fast nichts leisten zu können wie in gehobenen Sozillage.

Auch die Erosion sozialer Beziehungen scheint sich in unteren Sozillagen stärker bemerkbar zu machen. **Annähernd zwei Drittel der Personen an unteren Ende der Sozialhierarchie beklagen, dass die Gesellschaft immer mehr auseinander fällt, in der sozialen Mitte ist etwa die Hälfte dieser Auffassung und am oberen Ende etwa ein Drittel.**

Nicht zuletzt fühlen sich Personen in unterer Lage deutlich seltener in der Lage auf der politischen Ebene den krisenbelafteten Entwicklungen entgegenwirken zu können. Über die Hälfte beklagt seine politische Machtlosigkeit, aber auch in mittlerer Sozillage tut dies etwa ein Drittel, in gehobener Lage hingegen nur etwa ein Sechstel. Eine Unzufriedenheit mit der sozialen Verfasstheit der Gesellschaft und Kritik am Zerfall grundlegender, das Zusammenleben prägender Prinzipien äußern demgegenüber eher Personen aus sozial besser gestellten Kreisen.

Die Befunde aus der Befragung 2005 bestätigen, dass die aus den krisenhaften Entwicklungen resultierenden Desintegrationserfahrungen und Desintegrationsängste den Nährboden für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit darstellen und zur Abwertung von schwachen Gruppen beitragen. Auch wenn die Wahrnehmung und Bewertung der krisenhaften Entwicklungen sowie die Desintegrationserfahrungen für die Abwertung der spezifischen Einzelgruppen zum Teil einen unterschiedlichen Erklärungsbeitrag leisten, so lässt sich dennoch **feststellen, dass das Erleben von eigener Machtlosigkeit auf der politischen Ebene durchgängig die Abwertung schwacher Gruppen verstärkt.** Ähnliches gilt für die infolge der Strukturkrise entwickelte Haltung von bindungsloser Flexibilität, der zufolge Personen sozialen Beziehungen im Vergleich zu Nutzenkalkülen eine untergeordnete Bedeutung beimessen, um sich bietende Offerten nutzen zu können. Auch diese Haltung trägt maßgeblich dazu bei, dass Personen zur Abwertung schwacher Gruppen tendieren.

Aufschlussreich sind aber vor allem auch die sozillagenspezifischen Unterschiede beim Zusammenhang der Einschätzung der krisenhaften Entwicklungen und der Abwertung schwacher Gruppen. So steigt z.B. der Erklärungswert von als nicht hinreichend erachteten Konsumchancen für das Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen mit steigender Sozillage an. D.h. je höher der soziale Status von Personen ist, desto stärker tragen wahrgenommene Distinktionsverluste (d.h. ein Schwinden des sozialen Abstandes zu rangniederen Bevölkerungsgruppen) dazu bei, dass Ausländer als Konkurrenten wahrgenommen und deshalb abgewertet werden. Umgekehrt führt die erlebte Machtlosigkeit bei öffentlichen Entscheidungen mit sinkender Sozillage zu einer Verstärkung der Ablehnung von Ausländern. **Personen in gehobener Sozillage benötigen offenbar keinerlei politischer Mittel, um den sozialen Abstand zu Ausländern zu wahren, während Personen in unterer Sozillage insbesondere dann, wenn sie auf der politischen Ebene keine Möglichkeiten sehen, um einer wahrgenommenen Benachteiligung entgegenzuwirken, die Abwertung der Ausländer als ein Mittel benutzen, um sich von diesem Bevölkerungsteil abzugrenzen.** Die gestiegene Angst vor dem sozialen Abstieg seit der Verabschiedung der gesetzlichen Regelungen um „Hartz IV“ führt demgegenüber nur bei Personen in mittlerer Sozillage zu einer Verstärkung der Ablehnung von Ausländern. Sie neigen demnach insbesondere dann zur Abwertung der Zuwanderer, wenn sie befürchten, dass der

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

soziale Abstand zu jenen Personen zusammenschmilzt, die sich bereits am unteren Ende der Sozialhierarchie befinden.

Die bundesrepublikanische Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit, die insbesondere in der sozialstaatlichen Absicherung und in den Möglichkeiten zu individuellen Aufstiegen im Lebenslauf sowie in der Generationenfolge ihren Ausdruck fand, scheint durch die krisenhaften Entwicklungen in Frage gestellt. Dies hat offensichtlich Folgen für das friedliche Zusammenleben von unterschiedlichen Gruppen in dieser Gesellschaft. Gruppen, die als Konkurrenten um soziale Positionen wahrgenommen werden, durch die grundlegende soziale Mechanismen ausgehöhlt und / oder durch die zentrale Prinzipien des Zusammenlebens negiert werden, werden von der Bevölkerungsmehrheit zunehmend abgewertet, um den sozialen Abstand zu den rangniederen Gruppen wahren zu können.

Kontaktadresse:

Apl. Prof. Dr. Jürgen Mansel
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
juergen.mansel@uni-bielefeld.de

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

2. Carina Wolf/Elmar Schlüter/Peter Schmidt

Relative Deprivation.

Riskante Vergleiche richten sich gegen schwache Gruppen.

Im Zentrum dieses Beitrages steht die Beschreibung und Erklärung von Benachteiligungserfahrungen der Bevölkerung und deren Folgen für feindselige Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten.

In der öffentlichen Debatte wird häufig die These vertreten, dass Menschen, die in Folge des gesellschaftlichen Umbaus in prekäre soziale Lagen geraten oder aber ob eines drohenden Abstiegs verunsichert sind, andere Gruppen verstärkt abwerten. Die Annahme lautet hierbei, dass mittels Abwertungsprozessen subjektive Benachteiligungs- und Ausgrenzungsgefühle kompensiert werden.

Zur Erklärung und Analyse der Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von Benachteiligung und fremdenfeindlichen Orientierungen greifen wir auf die *Theorie der relativen Deprivation* zurück. Der Begriff *relative Deprivation* bezeichnet die subjektive Wahrnehmung im Vergleich zu Anderen ungerechtfertigt benachteiligt zu sein. Wird die persönliche Situation mit der Lage anderer Personen aus der eigenen Gruppe verglichen, dann resultiert aus einem schlechteren Abschneiden der eigenen Person das Gefühl der *individuellen relativen Deprivation*. Wird die Gesamtsituation der eigenen Gruppe im Vergleich zur Lage einer anderen Gruppe als benachteiligt eingestuft – etwa am Beispiel der Situation der Deutschen im Vergleich zu den in Deutschland lebenden Ausländern – wird von *kollektiver relativer Deprivation* gesprochen.

Benachteiligungswahrnehmungen in der Bevölkerung – eine Bestandsaufnahme

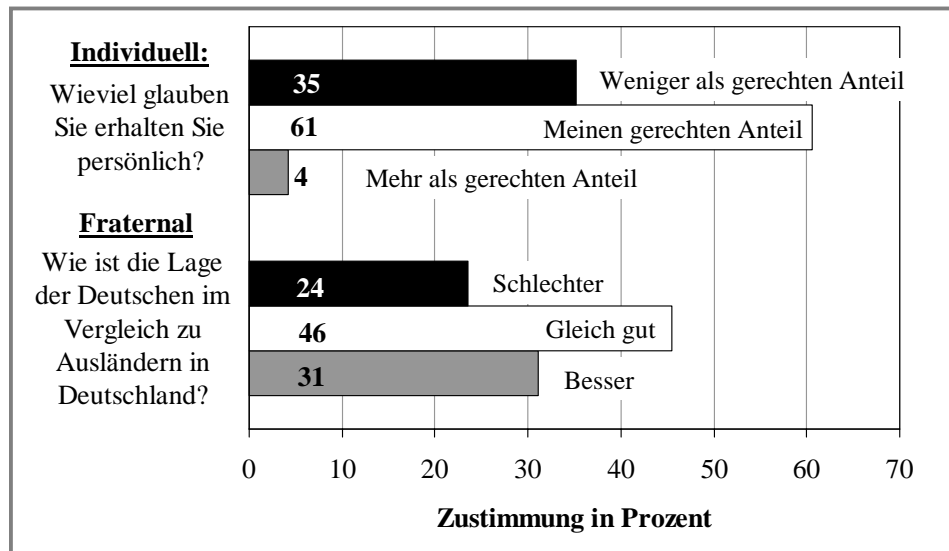
Benachteiligungswahrnehmungen sind in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet: Ungefähr ein Drittel aller Befragten gibt an, im Vergleich zu anderen weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, berichtet somit über Gefühle individueller Deprivation. Fast jeder vierte Befragte stimmt der Aussage zur Messung kollektiver Deprivation zu, der zufolge die Deutschen in einer schlechteren Situation seien als die in Deutschland lebenden Ausländer (vgl. Abb. 1).

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

Abbildung 1: Wahrgenommene individuelle und kollektive relative Deprivation (fraternal) in der Gesamtbevölkerung



Anmerkung zu Abbildung 1:

Die Fragen im Wortlaut: Individuelle Deprivation: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, erhalten Sie persönlich? mehr als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil oder weniger als Ihren gerechten Anteil?“. Kollektive Deprivation: „Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen mit der der in Deutschland lebenden Ausländer vergleichen, wie geht es den Deutschen im Vergleich zu den Ausländern? Besser, ungefähr gleich oder schlechter?“.

Wer fühlt sich besonders benachteiligt? Dazu haben wir uns angesehen, inwieweit bestimmte sozialstrukturelle Merkmale einen Einfluss darauf haben, wie stark sich Befragte benachteiligt fühlen. Wir finden, dass zur Vorhersage von Wahrnehmungen individueller Deprivation das Einkommen und das Alter der Befragten am wichtigsten sind: **Je höher das Einkommen der Befragten ist, um so weniger fühlen sie sich individuell depriviert und je älter die Befragten waren, desto stärker fühlen sie sich individuell depriviert (mit Ausnahme der über 65-jährigen, die wieder etwas seltener als die 50 bis 64-jährigen Befragten meinen, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten).** Die Wahrnehmung, dass die Deutschen in einer schlechteren Lage seien als die in Deutschland lebenden Ausländer hängt am stärksten mit dem formalen Bildungsniveau der Befragten zusammen, gefolgt von dem Einkommen der Befragten. **Je höher das formale Bildungsniveau der Befragten ist und je höher ihr Einkommen, umso weniger sind sie davon überzeugt, dass die Lage der Deutschen schlechter sei als die Lage der in Deutschland lebenden Ausländer.**

Die Folgen relativer Deprivation

Unsere Ergebnisse zeigen, dass Gefühle individueller und kollektiver Benachteiligung *nicht* folgenlos bleiben. Deprivationswahrnehmungen stehen in deutlichem Zusammenhang mit menschenfeindlichen Abwertungen sowie der Absicht zu ausgrenzenden Verhaltensweisen. Sowohl individuelle wie auch kollektive Deprivationswahrnehmungen hängen mit fremdenfeindlichen Einstellungen, sozialer Distanz gegenüber ethnischen Minderheiten – gefragt wurde

Deutsche Zustände

Folge 4

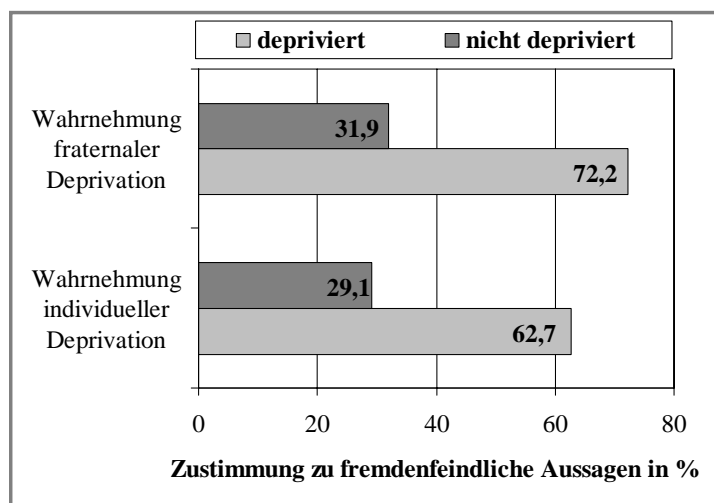
Thematische Einzelanalysen in 2005

nach „Ausländern in Deutschland“ und „Türken“ – und der beabsichtigten Wahl fremdenfeindlicher Parteien zusammen. Beispielsweise stimmen über 60 % der Befragten, die sich individuell depriviert fühlen, den beiden Aussagen zur Messung von Fremdenfeindlichkeit zu. Unter den Befragten, die *nicht* finden, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, stimmen hingegen nur 29 % diesen beiden Aussagen zu. **Mehr als 70 % der Befragten, die die Lage der Deutschen im Vergleich zur Lage der in Deutschland lebenden Ausländer „schlechter“ einschätzen, bejahen beide Aussagen zu Fremdenfeindlichkeit, aber „nur“ 32 % der Befragten, die die Lage der Deutschen „gleich gut“ oder „besser“ einstufen (vgl. Abb. 2).**

Relative Deprivation: Einfluss von Umgebungsmerkmalen

Im Rahmen einiger sozialwissenschaftlicher Theorien wird davon ausgegangen, dass Wettbewerb um knappe Ressourcen negative Beziehungen zwischen Gruppen verursacht. Dabei sollten gesellschaftliche, „objektive“ Strukturmerkmale, die einen verschärften Wettbewerb um knappe Ressourcen kennzeichnen, die individuelle Wahrnehmung konfligierender Gruppeninteressen beeinflussen. Vor diesem Hintergrund haben wir geprüft, welcher Stellenwert gesellschaftlichen Strukturmerkmalen bei der Erklärung von Deprivationswahrnehmungen und fremdenfeindlichen Einstellungen zukommt.

Abbildung 2: Zustimmungen zu fremdenfeindlichen Aussagen in Abhängigkeit von Deprivationswahrnehmungen



Anmerkung zu Abbildung 2:

Die Prozentpunkte beziehen sich auf zwei Aussagen zu Fremdenfeindlichkeit: als Zustimmung wurde gewertet, wenn Befragte bei beiden Fragen mit „stimme eher zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ geantwortet haben. Individuell depriviert sind die Befragten, die meinen, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten; kollektiv depriviert diejenigen, die überzeugt sind, die Lage der Deutschen sei schlechter als die Lage der in Deutschland lebenden Ausländer.

Die aus den Konflikttheorien erwarteten Effekte bestätigen sich nur teilweise. Für die regionale Arbeitslosenquote lässt sich erwartungsgemäß eine Wirkung auf die Entstehung individueller Deprivationsgefühle nachweisen – **je höher die Arbeitslosenquote desto eher meinen die Befragten, dass sie selbst weniger erhalten als ihren gerechten Anteil. Die Arbeitslosenquote wirkt sich aber nicht darauf aus, ob die Befragten die Lage der Deutschen schlechter ein-**

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

schätzen als die Lage der in Deutschland lebenden Ausländer. In Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit äußern die Befragten zudem auch mehr Zustimmung zu den fremdenfeindlichen Aussagen. Dieser Effekt wird aber nicht über die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Deutschen im Vergleich zu in Deutschland lebenden Ausländern vermittelt.

Die Befunde zur Wirkung des Ausländeranteil stehen sogar im Widerspruch zu konflikttheoretischen Annahmen: Je mehr Menschen ausländischer Herkunft in der Region der Befragten leben, desto weniger verbreitet ist die Wahrnehmung, dass die Deutschen im Vergleich zu Ausländern benachteiligt werden und desto geringer ist Fremdenfeindlichkeit der Befragten ausgeprägt. Dieser Befund lässt sich aus der Forschung zu Kontakten zwischen Gruppen erklären. **Kontakterfahrungen zwischen verschiedenen ethnischer Gruppen führen unter verschiedenen Bedingungen zur Verminderung von gegenseitigen Ressentiments.** Ein höherer Ausländeranteil hat demnach zur Folge, dass mehr Kontaktmöglichkeiten zu Menschen nichtdeutscher Herkunft bestehen und daraus wiederum Freundschaften und Bekanntschaften entstehen können, die u.a. eine realistischere Einschätzung des Gruppenvergleichs sowie weniger Fremdenfeindlichkeit nach sich ziehen.

Insgesamt belegen unsere Analysen, dass regionale sozioökonomische Krisenlagen – gemessen anhand des Anteils Arbeitsloser im Landkreis bzw. in kreisfreien Städten – sowohl zu stärkeren Wahrnehmungen individueller Deprivation wie zu auch einem höheren Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen führen können. **Unseres Erachtens sind diese Ergebnisse insgesamt als Nachweis der häufig diskutierten, aber selten überprüften Alltagsannahme zu werten, der zufolge soziale Krisenlagen das Zusammenleben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gefährden können.** Erst recht dann, wenn gesellschaftliche Eliten die Verantwortung für solche Krisen gesellschaftlichen Minderheiten zuschreiben.

Kontaktadresse:

Dipl.-Psych. Carina Wolf
Universität Marburg
Fachbereich Psychologie
Gutenbergstr. 18
35032 Marburg
Hinna.wolf@staff.uni-marburg.de

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

3. Sandra Hüpping

Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung.

**Wenn der gesellschaftliche Wandel zur Orientierungslosigkeit des Einzelnen führt
Oder: Wenn das eigene Gefühl der Orientierungslosigkeit die Abwertung anderer nach sich zieht.**

Moderne Gesellschaften sind von raschen Veränderungsprozessen geprägt, die ihrerseits von krisenhaften Erscheinungen begleitet sein können (z.B. Arbeitsmarktlage, Technologiefortschritt etc). Neben positiven Effekten, wie etwa einem erweiterten Handlungsspielraum oder einem Mehr an Mobilität, bringt der Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen für Menschen auch Schwierigkeiten mit sich. Die Anpassung an sich wandelnde Bedingungen setzt voraus, dass die Betroffenen über eine Reihe von Ressourcen (etwa Wissen über die neuen Spielregeln und ausreichende soziale Netzwerke) verfügen. Fehlen solche wichtigen Ressourcen, droht Orientierungs- und Handlungsunsicherheit.

Solche Gefühle der Orientierungslosigkeit lassen sich mit dem Begriff *Anomia* beschreiben und erzeugen Unsicherheiten. Für die Betroffenen beeinträchtigen Gefühle der Anomia das Wohlbefinden. Für die Gesellschaft wird die Orientierungslosigkeit der Einzelnen dann problematisch, wenn die Betroffenen nicht die gesellschaftlichen Ursachen fokussieren, sondern die vermeintliche Flucht aus der Orientierungslosigkeit über die Abwertung schwacher Gruppen antreten, um Stabilität wiederzugewinnen. Eine Reihe von Untersuchungen konnte einen solchen Prozess nachweisen. Die jetzt vorliegende Untersuchung bestätigt die bisherigen Befunde in dramatischer Weise.

Fast zwei Drittel der Menschen fühlen sich orientierungslos

Wie bereits in der ersten Umfrage des GMF-Projektes im Jahr 2002, wurde auch 2005 gefragt: „Es ist heute alles so in Unordnung geraten dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht“ oder „Früher war alles besser, weil man wusste, was man zu tun hatte“. Befragte, die diesen Aussagen zustimmten, haben wir als „orientierungslos“ bezeichnet.

Beim Vergleich der Zustimmungsraten 2002 und 2005 zeigt sich eine deutliche Zunahme: Von 2002 auf 2005 steigt der Anteil der Befragten, denen es schwer fällt, sich in der komplexer gewordenen Gesellschaft zurecht zu finden, um 11-16 Prozentpunkte, so dass in 2005 über 60% der Befragten von Gefühlen der Orientierungslosigkeit betroffen sind. Bei den westdeutschen Befragten ist der Anstieg sogar noch deutlicher als bei den Ostdeutschen. Absolut gesehen werden Gefühle der Orientierungslosigkeit von der ostdeutschen Bevölkerung allerdings häufiger berichtet. Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Unterschied nicht mehr länger ausschließlich im Systemwechsel begründet liegt, sondern zunehmend auch durch die allgemein schlechtere wirtschaftliche Lage zu erklären ist.

Angst vor sozialem Abstieg fördert die Anomia

Die Ergebnisse aus der GMF-Umfrage 2005 unterstreichen erneut den Stellenwert von Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Beruf bei der Entwicklung von Gefühlen der Orientierungslosigkeit. Personen mit niedriger sozioökonomischer Position fühlen sich häufiger orientierungslos. Sie verfügen über weniger Ressourcen, um auf gesellschaftliche Krisen, wie eine schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, adäquat reagieren zu können. Des Weiteren steigt das Gefühl der Anomia bei Menschen mit zunehmendem Alter. Frauen sind generell häufiger mit

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

Orientierungs- und Handlungsunsicherheiten konfrontiert. Ganz unabhängig von vorhandenen Ressourcen wird jedoch vor allem eins deutlich: Anomia hängt stark mit Ängsten vor dem sozialen Abstieg seit der Einführung von „Hartz IV“ zusammen.

Orientierungslosigkeit macht die Abwertung schwacher Gruppen wahrscheinlicher

Deutlich hängt die Anomia mit dem Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* – d.h. zum Beispiel mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, und der Abwertung von Obdachlosen – zusammen: Wer sich selbst orientierungslos fühlt, neigt eher dazu, schwache Gruppen der Gesellschaft, etwa Obdachlose, Ausländer oder Homosexuelle abzuwerten. Am deutlichsten wird dies bei der Fremdenfeindlichkeit. Hier hatten wir u. a. nach der Zustimmung zu der Aussage gefragt: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Damit werden von Personen, die über Orientierungslosigkeit berichten, also offenbar insbesondere solche Gruppen abgewertet, die als ökonomische Bedrohung und damit als Konkurrenz wahrgenommen werden. Ein ähnlich hoher Zusammenhang zeigt sich bei der Abwertung von Muslimen. Es lässt sich vermuten, dass in diesem Kontext weniger die wahrgenommene ökonomische als die kulturelle und die, bedingt durch die mediale Dauerpräsenz, terroristische Bedrohung durch den Islamismus als Erklärungsrahmen dient.

Abwertung von anderen als Ausdruck von Suche nach Orientierungssicherheit

Da das Gefühl der Orientierungslosigkeit aber auch, wenngleich in abgeschwächter Form, mit den übrigen Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zusammenhängt, scheint die Abwertung aller schwachen Gruppen die Funktion der Wiederherstellung von Handlungssicherheit, von Unterscheidungsfähigkeit zwischen „Gut“ und „Böse“ bzw. „Richtig“ und „Falsch“ zu besitzen. Im Kontext der gesellschaftlichen Krisenentwicklung lässt sich die Abwertung damit als verstörte Antwort auf den gesellschaftlichen Modernisierungsdruck begreifen.

Im Zuge der Erosion von kulturellen Normen- und Wertemustern werden normative Lücken zur Überwindung der Sinnentleerung mit vermeintlichen Lösungsmodellen gefüllt, die sich in negativen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen, insbesondere gegenüber „Fremden“ als klassische Sündenböcke, äußern. Eine zusätzliche Analyse mit den Längsschnittdaten bestätigt darüber hinaus die vermutete Kausalbeziehung: Personen, die 2002 über Orientierungslosigkeit berichteten, äußerten sich im Jahr 2004 fremdenfeindlicher.

Fazit

Das Ausmaß von Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit hat in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen. Dabei ist es nicht länger nur die Angst vor Arbeitslosigkeit, die anomische Einstellungen auslösen, sondern zunehmend auch die Angst vor einem sozialen Abstieg. Zugleich nimmt mit der subjektiven Wahrnehmung von Handlungsunsicherheit und Orientierungslosigkeit vor allem die Feindseligkeit gegenüber Gruppen „von Außen“, den Fremden, zu und bereitet damit den Nährboden für (rechts-)populistisches Potential. Das Festhalten an alten Orientierungs- und Handlungsmustern bietet vor dem Hintergrund der Ungerichtetheit gesellschaftlicher Prozesse, der weitgehenden Unbeeinflussbarkeit ökonomischer Entwicklungen und den Kontrollverlusten in der Politik allerdings keinen Ausweg. Daher sind gesellschaftliche Entscheidungsträger mehr als zuvor gefordert, Wege aufzuzeigen, die eine Lösung von alten Sicherheiten ermöglichen und gleichzeitig eine Bereitstellung von Orientierungshilfen und Verlässlichkeiten im Umgang mit gesellschaftlichen Krisen gewährleisten, ohne das dies auf Kosten schwacher Gruppen geht.

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

Kontaktperson:

Dipl.-Soz. Sandra Hüpping

Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Universitätsstraße 25

33615 Bielefeld

sandra.huepping@uni-bielefeld.de

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

4. Kirsten Endrikat

Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit.

Desintegration

Eine zentrale Aufgabe von Gesellschaften ist die Integration jüngerer und älterer Menschen. Dazu bedarf es wichtiger Ressourcen, wie die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Arbeit, Teilnahmechancen an politischen Entscheidungen und Zuwendungen durch Gemeinschaften. Ist die Integration gefährdet, dann entstehen Ängste und Erfahrungen der Desintegration. In der Umfrage 2005 zeigen sich deutlich solche Ängste, vergleicht man die Gruppe der Jüngeren (16- bis 25jährige) mit den älteren Befragten. **So stimmen (bezüglich der Zugangsmöglichkeiten) 29,6% der Jüngeren zu, dass sie Angst haben, dass sie selbst oder jemand aus ihrem Haushalt arbeitslos werden (bei den Älteren sind es 27,6%).** Für 22,8% der Jüngeren fällt die Zukunftserwartung für die nächsten fünf Jahre negativ aus (bei den Älteren sind es 39,6%). Deutlich mehr jüngere als ältere Befragte (63,5% versus 51%) geben an, dass sie seit der Verabschiedung von „Hartz IV“ Angst vor einem sozialen Abstieg haben. 34,2% der Jüngeren berichten, dass sie sich von dem, was sie sich wünschen, wenig bzw. fast überhaupt nichts leisten können (bei den Älteren sind es 47%).

Hinsichtlich der politischen *Teilnahmechancen* zeigt sich, dass **29,2% der Jüngeren und sogar 51,8% der Älteren es als sinnlos erachten, sich politisch zu engagieren.** Zudem sehen 33,2% der Jüngeren und 36,5% der Älteren gesellschaftliche Grundnormen von Solidarität und Fairness als nicht realisiert an. Für 79% der Jüngeren und 85,9% der Älteren vertieft sich die soziale Spaltung der Gesellschaft.

In der *gemeinschaftlichen Dimension* geht es um den sozialen Nahraum und die private Lebensführung. So notieren 26% der Jüngeren, dass sie zu wenig sozial unterstützt werden, während es bei den Älteren 30,4% sind. Über 60% der Jüngeren sind der Auffassung, dass es schwieriger wird, echte Freunde zu finden und dass soziale Beziehungen immer labiler werden.

Zudem zeigen die Ergebnisse, dass insbesondere bei den Jüngeren Sorgen und Ängste vor Arbeitslosigkeit und die negativen Zukunftserwartungen seit 2002 zugenommen haben. Im Unterschied dazu zeigt sich auf der gemeinschaftlichen Ebene ein gegenteiliger Effekt: Jüngere Personen fühlen sich demnach nun mehr unterstützt als noch 2002. Es lässt sich vermuten, dass die schlechten gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen zu einer Intensivierung sozialer Unterstützung führen. Hier sind also insbesondere die Jüngeren sozial aktiv.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Wenn Menschen Desintegration wahrnehmen und erleben, dann besteht die Gefahr, dass sie ihren eigenen Wert durch die Herstellung von Ungleichwertigkeit und die Abwertung Schwächerer aufbauen. Hier **zeigt sich, dass Jüngere weniger bereit sind, menschenfeindlichen Aussagen zuzustimmen als Ältere.** Besonders deutlich werden die altersspezifischen Unterschiede bei den Zustimmungen zu den Items

- der Islamophobie (16-25: 15,5%; 26+: 26,1% Zustimmung),
- dem Antisemitismus (16-25: 4,6%; 26+: 13,8%),
- bei der Homophobie (16-25: 22,4%; 26+: 31,9%),
- bei den Etabliertenvorrechten (16-25: 34,7%; 26+: 43,7%)
- und beim klassischen Sexismus (16-25: 8,2%; 26+: 20,6%).

Bei der Fremdenfeindlichkeit sind die Gruppenunterschiede etwas geringer (16-25: 34,7%; 26+: 41,7%). Lediglich bei der Abwertung von Obdachlosen liegen die Werte der Jüngeren über denen der älteren Befragten (16-25: 39,5%; 26+: 33,4%). An dieser Stelle werden vermutlich der

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

hohe Druck und die besondere Angst der Jüngeren deutlich, denn Obdachlose sind der sichtbare Ausdruck des totalen sozialen Abstiegs.

Wichtige Anmerkung zu den Daten:

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. die älteren Befragten stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die jüngeren Befragten, sind zulässig.

Desintegration und GMF

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Abwertung dient bei Desintegrationsbelastungen der Aufbesserung des eigenen Selbstwertes sowie der Demonstration von Überlegenheit und Macht. Dabei ist auch von Bedeutung, inwiefern die jeweiligen schwachen Gruppen als Konkurrenten, z.B. um Arbeitsplätze, wahrgenommen werden, oder inwiefern schwache Gruppen die Qualität der Lebensführung sowie den eigenen Status bedrohen können. Die empirischen Ergebnisse können diese Annahme hinsichtlich mehrerer Indikatoren belegen. Dabei werden unterschiedliche altersspezifische Muster deutlich. So zeigt sich insbesondere bei den Jüngeren (im Unterschied zu den Älteren), dass zur Aufklärung der GMF die Angst vor einem sozialen Abstieg einen besonderen Beitrag leistet. So tritt bei den Jüngeren hervor, dass die Desintegrationsangst in Gestalt der Angst vor dem sozialen Abstieg seit der Einführung von „Hartz IV“ mit den Elementen des GMF zusammenhängt. Dies gilt insbesondere für die auf Konkurrenz basierende Fremdenfeindlichkeit. Auch bei den Älteren gibt es deutliche Ängste vor sozialem Abstieg, aber dies trägt nicht zur Erklärung der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bei. Auffällig am differenten Muster der Jüngeren und Älteren ist nun, dass politische Machtlosigkeit bei Jüngeren keinen Einfluss hat, wohl aber bei den Älteren. Darüber hinaus sind soziale Unterstützung und emotionale Einbindungen in Freundeskreise wichtige Faktoren in beiden Vergleichsgruppen.

Folgerung

Wenn die zivilgesellschaftliche Qualität erhöht und menschenfeindliche Einstellungen zurückgedrängt werden sollen, dann reicht es bei weitem nicht aus, mit Interventionsprogrammen ausschließlich auf die jüngere Generation zu zielen. Die Einstellungsunterschiede zwischen jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen legen zwingend nahe, dass dort, wo die Älteren aktiv sind, wie z.B. in Vereinen, in Gemeinden und Städten, die aufgezeigten Problemlagen auf die Tagesordnung gehören, um den intergenerationalen Transfer solcher feindseligen Einstellungen zu unterbrechen.

Kontaktadresse:

Dr. Kirsten Endrikat
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
kirsten.endrikat@uni-bielefeld.de

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

5. Andreas Zick/Beate Küpper

Politische Mitte. Normal feindselig.

Im GMF-Survey 2005 wurde ein besonderes Augenmerk auf die politische Mitte geworfen, also auf jene Befragten, die selbst ihre politischen Ansichten „genau in der Mitte“ verorten. Das sind 54% der Befragten, die sich mehrheitlich als gesellschaftliche Mitte verstehen. **Die politische Mitte ist in vielen Facetten ähnlich feindselig wie Personen, die ihre Position rechts verorten.** Beispielsweise unterscheiden sie sich nicht im Rassismus, Antisemitismus und der Abwertung von Obdachlosen. **Durchweg bekunden Befragte der politischen Mitte, die Präferenzen für Bündnis 90/Die Grünen äußern und in vielen Fällen auch Anhänger der FDP am wenigsten Vorurteile. Wähler von CDU/CSU und SPD unterscheiden sich nicht im Ausmaß ihrer Vorurteile.**

Die Fremdenfeindlichkeit in der Mitte steigt in den letzten Jahren.

Die Abbildung unten zeigt auch, dass die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten steigt. Die Zustimmung zum Rassismus schwankt ohne erkennbaren Trend, ist aber in 2005 auffallend und signifikant höher als in den vergangenen Jahren. Nach einem Anstieg in 2003 nimmt in der politischen Mitte die Zustimmung zum Sexismus, zur Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen kontinuierlich ab; ähnlich der Antisemitismus. Die Islamophobie zeigt eine Spitze in 2004 und war zum Befragungszeitpunkt im Frühsommer 2005 wieder rückläufig.

Die Feindseligkeit in der Mitte verschiebt sich, wird von rechts aufgeladen und ist von sozialen Ängsten getragen.

Analysen der Befragten, die sich in der Längsschnittstudie 2002, 2003 und 2004 durchweg als politische Mitte verorten, ergeben: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Befürwortung von Etabliertenvorrechten sowie tendenziell der Rassismus steigen in der stabilen Mitte, also bei den Befragten, die sich bereits 2002 politisch in der Mitte verorteten und dies auch noch 2004 tun.

Die Feindseligkeiten werden aufgeladen. Die stabile Mitte unterscheidet sich im Ausmaß ihrer Vorurteile überzufällig von jenen, die von rechts oder links in die Mitte „einwandern“, und darüber hinaus entwickeln sich ihre Vorurteile unterschiedlich. Während bei Wechsler von rechts der Sexismus am geringsten ausgeprägt ist, ist er bei Wechsler von links in die Mitte am stärksten. Wechsler von rechts in die Mitte stimmen allerdings umgekehrt fremdenfeindlichen und in der Tendenz auch rassistischen, homophoben, antisemitischen und islamophoben Aussagen stärker zu als diejenigen, die sich stabil in der Mitte verorten oder von links in die Mitte hineinwechseln. Ihr Rassismus und ihre Islamophobie haben dabei von 2002 auf 2004 besonders drastisch zugenommen. D.h., Personen, die von rechts in die Mitte wechseln, sind besonders feindselig und werden über die drei Jahre hinweg noch feindseliger.

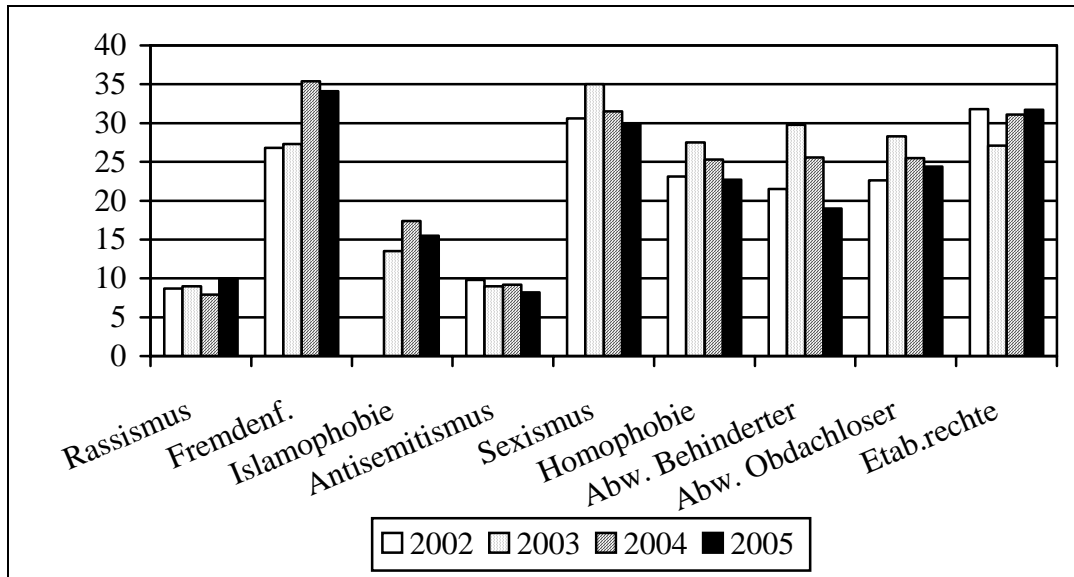
Die Feindseligkeit in der Mitte wird erzeugt durch den Eindruck, finanziell nicht gut dazustehen und auch für die Zukunft schlecht abgesichert zu sein. Das gilt zwar auch für jene, die sich links und rechts verorten, aber insbesondere bei Befragten der Mitte, die ihre wirtschaftlichen Lage, den Lebensstandards, die Absicherung für die Zukunft und die Verteilungsgerechtigkeit bedroht sehen, steigt die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Auch die Wahrnehmung politisch machtlos zu sein und das Gefühl von Orientierungslosigkeit, steigen in der Mitte dramatisch an. Insbesondere die ‚machtlose und desorientierte Mitte‘ wird dabei feindseliger gegenüber schwachen Gruppen.

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

Abbildung: Zustimmung zu den GMF-Elementen in der politischen Mitte (in %; GMF-Survey 2002-2005).



Abgebildet ist jeweils der Prozentsatz von Zustimmung zu den GMF-Elementen nach strengen Kriterien, d.h. nur von jenen Befragten, die allen Aussagen einer entsprechenden Vorurteilsskala eher oder voll und ganz zustimmen. Beim Sexismus und der Abwertung von Obdachlosen wurde nur die Zustimmung zu der Aussage abgebildet, die bereits in 2002 erfragt wurde, so dass ein Vergleich möglich ist. Die Islamophobie wurde im GMF-Survey 2002 noch als Ablehnung einer positiven Einstellung erfasst, so dass ein Vergleich mit 2002 nur bedingt aussagekräftig ist. Rückwirkend wurden Skalen zur Messung von Homophobie, der Abwertung Behinderter und Obdachloser gebildet, die in den Vorjahren bislang gemeinsam unter dem Label der Heterophobie erfasst wurden; die hier verwendeten Skalen sind nicht identisch mit den in 2005 neu entwickelten.

Wichtige Anmerkung:

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. die älteren Befragten stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die jüngeren Befragten, sind zulässig.

Kontaktperson:

Dr. Andreas Zick
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
zick@uni-bielefeld.de

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

6. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel

Islamophobie. Differenzierung tut not.

In Europa und weltweit werden zwischen- und innerstaatliche Konflikte zunehmend mit der religiösen Orientierung der Akteure in Verbindung gebracht. Nicht zuletzt der islamistische Terror und die Reaktionen westlicher Staaten darauf haben für die Verbreitung entsprechen der Interpretationsmuster gesorgt. Die Anschläge von Madrid und London und auch die Unruhen in Frankreich haben bewusst werden lassen, wie nahe diese Konflikte auch an Deutschland herangerückt sind. Der Beitrag beschäftigt sich deshalb zunächst mit der Frage, wie es um das Ausmaß und die Entwicklung der Islamophobie in Deutschland bestellt ist, um dann zu betrachten, welche Ursachen und Auswirkungen die vorhandene Islamophobie hat.

Die Ergebnisse der GMF-Befragungen zeigen, dass die Ablehnung des Islam und auch offene Feindseligkeit gegenüber Muslimen in der deutschen Bevölkerung durchaus verbreitet sind. Gleichzeitig konnte eine Veränderung in der Bewertung muslimischer Kulturen festgestellt werden. **So hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2005 die Anzahl der Befragten halbiert, die der Ansicht zustimmen, der Islam habe eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht bzw. die islamische Kultur passe in die westliche Welt (vgl. Tab. 1).**

Tabelle 1: Anteil islamophober Einstellungen in den GMF-Umfragen 2003-2005 (in Prozent)

Konstrukte und Itemformulierungen	2003	2004	2005
<i>Generelle Ablehnung von Muslimen in Deutschland</i>			
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	26,5	24,0	24,3
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31,0	35,1	33,7
<i>Kulturelle Abwertung des Islam</i>			
Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht. (Ablehnung)	36,6	44,0	49,7
Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt. (Ablehnung)	65,9	69,6	74,2
<i>Distanzierende Verhaltensabsicht</i>			
Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben.	51,6	57,8	46,8
Gewichtete relative Häufigkeiten			

Worauf diese Einstellungen beruhen, lässt sich erahnen, wenn rund drei Viertel der Befragten undifferenzierte Kenntnisse im Hinblick auf islamische Glaubensgemeinschaften eingestehen und gleichzeitig weit über die Hälfte den Muslimen Sympathien für islamistische Terroristen unterstellt (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Ausmaß islamophober Einstellungen erstmals im GMF-Survey 2005 erfasst

Konstrukte und Itemformulierungen	überhaupt nicht	eher nicht	eher	voll und ganz	Fallzahl
<i>Homogenisierung des Islam</i>					
Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden.	3,8	15,5	29,1	51,6	1713
Meiner Meinung nach sind die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich.	4,1	23,5	44,4	28	1517
<i>Unterstellte Segregationsneigung</i>					
Die Mehrheit der Muslime hält große Distanz zur restlichen Bevölkerung.	4,4	28,3	37,1	30,2	1668
Viele Muslime in Deutschland wollen lieber unter sich bleiben.	3,8	15,9	41,1	38,9	1704
<i>Unterstellte Sympathien für Terroristen</i>					
Die islamistischen Terroristen finden starken Rückhalt bei den Muslimen.	4,9	34,9	32	28,2	1595
Die islamistischen Terroristen werden von vielen Muslimen als Helden verehrt.	6,0	29,5	31,5	32,9	1613
Gewichtete relative Häufigkeiten; die grau unterlegten Felder korrespondieren mit islamophobischen Haltungen					

Unter dem Eindruck von weit verbreiteter Unkenntnis und massivem Misstrauen in der deutschen Bevölkerung wird es fraglich, wie auf Dauer ein friedliches Zusammenleben auf der Basis gegenseitiger Anerkennung gestaltet werden kann. Verstärkt werden dadurch eher Verhaltensweisen, die auf eine stärkere wechselseitige Abgrenzung und Separierung sowohl von der Mehrheit als auch von der muslimischen Minderheit hinauslaufen.

Sofern ein Interesse daran besteht, dieses Klima aus Misstrauen und Ablehnung zu verändern, lassen sich aus den Analyseergebnissen zwei Hauptansatzpunkte für die Reduzierung islamophober Einstellungen und Vorurteile ableiten. So können über Kontakt zu Muslimen und islamischen Einrichtungen Vorurteile und die Neigung zu distanzierenden Verhaltensabsichten gegenüber Muslimen verringert werden. Eine ähnliche Wirkung scheint darüber hinaus von differenzierten Kenntnissen der islamischen Glaubensrichtungen auszugehen.

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

Kontaktadresse:

Dipl.-Soz. Jürgen Leibold
Universität Göttingen
Methodenzentrum Sozialwissenschaften
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen
Juergen.Leibold@sowi.uni-goettingen.de

Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

7. Frank Asbrock/Ulrich Wagner/Oliver Christ

Diskriminierung. Folgen der Feindseligkeit.

Diskriminierendes Verhalten gegenüber Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer schwachen Gruppe stellt sich als ein bedeutsames gesellschaftliches Problem dar, das im täglichen Umgang zwischen Mehr- und Minderheit in Deutschland in vielfältiger Form zu beobachten ist. Es reicht von Vermeidung und Ausschluss bis zu offener Gewalt gegen Minderheiten. Trotzdem ist die Entstehung von Diskriminierung nach wie vor recht unklar. Dieser Beitrag versucht, Ursachen für diskriminierende Verhaltensweisen aufzuzeigen und auch für die Praxis wichtige Hinweise zu geben, wo und wie Interventionsmaßnahmen wirken könnten. Da es sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine Umfragestudie handelt, kann kein tatsächliches diskriminierendes Verhalten untersucht werden. Als Indikatoren werden daher Selbstangaben zur Diskriminierungsintention verwendet.

Das Ausmaß diskriminierenden Verhaltens

Im GMF-Survey 2005 wurden anhand der Zustimmung zu insgesamt 21 Aussagen diskriminierendes Verhalten gegenüber acht Gruppen erfasst: Juden, Homosexuelle, Frauen, Ausländer, Muslime, Türken, Behinderte und Obdachlose. Es zeigte sich, dass es eine substantielle Zustimmung zu den Einzelaussagen (Bsp. „Als Wohnungseigentümer würde ich meine Wohnung nicht an Homosexuelle vermieten“ – Zustimmung von 20,2% der Befragten, „Wenn mich ein Türke oder eine Türkin anspricht, bin ich zurückhaltend.“ - Zustimmung von 26,9% der Befragten) gibt.

Unsere Analysen zeigen deutliche Zusammenhänge zwischen menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen: Wer Vorurteile hat, neigt auch eher dazu, andere zu diskriminieren. Da sich menschenfeindliche Einstellungen in Form eines Syndroms zeigen, ist darüber hinaus anzunehmen, dass dies auch für Verhalten gilt: Wer eine Gruppe diskriminiert, diskriminiert auch andere Gruppen. Auch diese Vermutung lässt sich bestätigen: Die Untersuchungsergebnisse zeigen Zusammenhänge zwischen Diskriminierungsintentionen den untersuchten Gruppen gegenüber. Am deutlichsten hängen die Diskriminierungsintentionen gegenüber Juden und Homosexuellen sowie gegenüber Frauen und Behinderten zusammen.

Keine Unterscheidung von Türken, Ausländern und Muslimen

Wir vermuten, dass von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft kaum zwischen Ausländern, Türken und Muslimen unterschieden wird. Um diese Vermutung zu untersuchen, wurde ein Drittel der an der Umfrage teilnehmenden Personen zu Ausländern, ein Drittel zu Türken und ein weiteres Drittel zu Muslimen befragt. Die Analysen stützen die Annahme: In den Zustimmungsraten zu Diskriminierungsintentionen gegenüber den drei Gruppen zeigen sich fast keine Unterschiede.

Was sind mögliche Ursachen von Diskriminierung?

Wir haben Fremdenfeindlichkeit, die Wut auf und Angst vor Türken als mögliche Erklärungen für die Vermeidung von Kontakt mit Türken und Aggression gegen Türken untersucht. Wie erwartet zeigt sich, dass fremdenfeindliche Einstellungen zur Erklärung der beiden Verhaltensweisen beitragen: **Je höher die Fremdenfeindlichkeit, desto deutlicher die Diskriminierung. Werden die spezifischen Emotionen zusätzlich berücksichtigt, verbessert sich die Erklä-**

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

ung: Je deutlicher die Angst vor Türken ausgeprägt ist, desto eher neigen Personen dazu, den Kontakt zu ihnen zu vermeiden.

Angst vor Türken wirkt sich nicht auf die Aggression aus. Wut gegenüber Türken hingegen führt sowohl zu Vermeidung als auch zu Aggression. Es zeigt sich also, dass Emotionen die Vorhersage spezifischer diskriminierender Verhaltensweisen verbessern können, da sie einen deutlicheren Bezug zu bestimmtem Verhalten zeigen als fremdenfeindliche Einstellungen. Die Ursache für die Emotionen liegt möglicherweise in der Wahrnehmung der Fremdgruppe als bedrohlich (Angst) oder als zu fordernd (Wut).

Eine weitere mögliche Ursache von Diskriminierung ist fehlender Kontakt zur Fremdgruppe. Der in einem anderen Text (Wolf u.a.) schon gezeigte Zusammenhang zwischen einem höheren Anteil an Ausländern in einem Wohnbezirk, die damit gegebenen intensiveren Kontaktmöglichkeiten und weniger Fremdenfeindlichkeit konnte hier auch für Diskriminierung bestätigt werden: Es zeigen sich niedrige, aber statistisch bedeutsame Zusammenhänge zwischen dem Ausländeranteil in einem Wohnbezirk und dem Vermeidungsverhalten bzw. der Aggression gegenüber Türken: Je höher der Ausländeranteil, desto weniger Diskriminierungsabsichten werden geäußert.

Fazit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur ein Syndrom auf der Einstellungsebene, sie zeigt sich auch auf der Ebene des Verhaltens: Diejenigen, die zu diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber einer Fremdgruppe neigen, tun dies auch gegenüber anderen. Wichtige Prädiktoren für Diskriminierung sind Vorurteile, Emotionen und fehlende Kontakte.

Aus den Untersuchungen ergeben sich wesentliche Implikationen für den Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung: Wenn die Absicht besteht, diskriminierende Verhaltensweisen zu reduzieren, ist es sinnvoll, bei den Einstellungen anzusetzen. Darüber hinaus erscheinen auch die Förderung positiver Kontakte zu ethnischen Minderheiten und Interventionen, die auf Emotionsmanagement setzen, hilfreich.

Es gibt zwei Einschränkungen der Aussagekraft der vorliegenden Untersuchung: Zum einen können keine sicheren Aussagen zur Kausalität von Zusammenhängen gemacht werden. Zum anderen wurde kein tatsächliches diskriminierendes Verhalten erfasst, sondern lediglich Verhaltensintentionen.

Kontaktadresse:

Dipl.-Psych. Frank Asbrock
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
frank.asbrock@uni-bielefeld.de

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

8. Beate Küpper/Andreas Zick

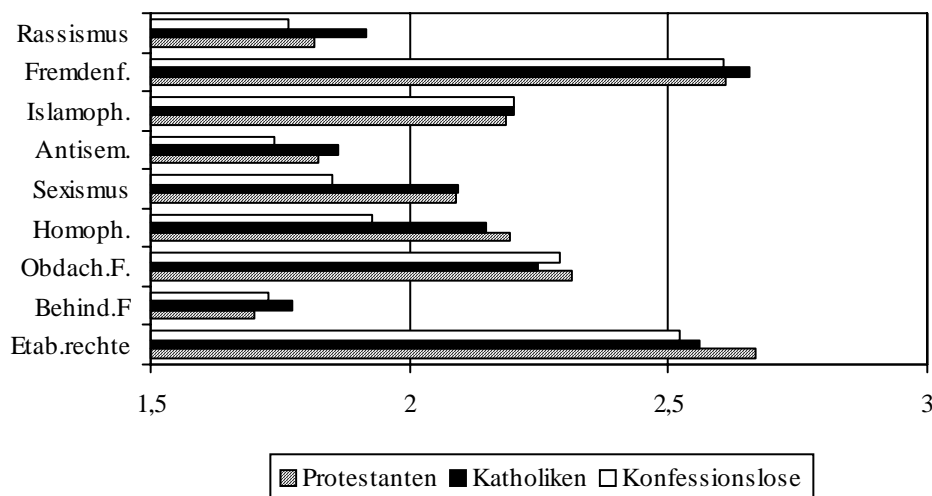
Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung.

Allseits wird eine Wiederkehr des Religiösen beobachtet. Dies lässt im Fall der christlichen Religion hoffen und zugleich fürchten. Zwar ist das Christentum der Nächstenliebe verpflichtet, blickt aber bekanntlich auf eine oft wenig nächstenliebende Vergangenheit zurück, die geprägt ist von Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung Andersgläubiger und Andersartiger. Noch immer tun sich einige Teile der Kirche schwer mit Frauen, Homosexuellen, auch das Verhältnis zu Juden und Muslimen ist gespalten.

Lässt sich tatsächlich eine Wiederkehr des Religiösen auch in Deutschland feststellen? Und wie steht es um den Zusammenhang von Religiosität und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* – fällt oder wächst sie mit zunehmender Religiosität? Wir haben diese Fragen am repräsentativen GMF-Survey 2005 unter Rückgriff auch auf die vorangegangenen GMF-Surveys seit 2002 für die deutsche Bevölkerung geprüft.

Der Vergleich von 2002 und 2005 offenbart keinen Anstieg der individuellen Religiosität und auch keinen wachsenden Anspruch von Überlegenheit der christlichen Religion. Die Hälfte aller Befragten bezeichnet sich als religiös, rund 20% meinen, der eigene Glaube sei anderen überlegen. **Empirisch lässt sich für den Zeitraum von 2002 – 2005 keine Wiederkehr des Religiösen nachweisen.** Es bestätigt sich jedoch der Verdacht, der sich in einer Reihe vorangegangener Studien bereits angedeutet hat: **Christen – Protestanten wie Katholiken – sind gegenüber einer Reihe von schwachen Gruppen der Gesellschaft feindseliger eingestellt als Konfessionslose** (s. Abbildung). Der Unterschied zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen ist hingegen geringfügiger.

Abbildung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Protestanten, Katholiken und Konfessionslosen (GMF-Survey 2005)



Deutsche Zustände

Folge 4

Thematische Einzelanalysen in 2005

In der Abbildung sind Mittelwerte dargestellt. Die Skalierung reicht von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 4 = stimme voll und ganz zu.

Mittelwerte über 2 bedeuten also, dass die Befragten im Durchschnitt mindestens einer der beiden Aussagen zur Erfassung des jeweiligen Elementes eher oder sogar voll zustimmen. Hier ist jeweils nur ein Ausschnitt der Skala abgebildet, um Unterschiede optisch hervorzuheben.

Wichtige Anmerkung:

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. die älteren Befragten stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die jüngeren Befragten, sind zulässig.

Die größere Feindseligkeit gilt jedoch nicht für alle schwachen Gruppen gleichermaßen. **Christen sind vor allem gegenüber Frauen und Homosexuellen abwertend eingestellt.** Zudem fällt in 2005 beim Rassismus und Antisemitismus die vergleichsweise höhere Zustimmung von Katholiken, bei der Befürwortung von Etabliertenvorrechten die signifikant höhere Zustimmung von Protestanten auf. In der Einstellung zu Ausländern, Muslimen, Obdachlosen und Behinderten unterscheiden sich Christen und Konfessionslose in 2005 nicht.

Die nähere Analyse macht deutlich, dass **nicht** die **Konfessionszugehörigkeit** per se für die Feindseligkeit von Teilen der Christen verantwortlich ist. Die Feindseligkeit liegt in ihrer stärkeren Religiosität begründet. **Eher oder sehr religiöse Befragte haben mehr Vorurteile** als Befragte, die sich selbst als eher nicht oder überhaupt nicht religiös bezeichnen. Und es spielen fundamentalistisch anmutende Überzeugungen eine Rolle. **Wer der Auffassung ist, der eigene Glaube sei anderen überlegen, ist durchweg feindseliger gestimmt**, und zwar nicht nur gegenüber Andersgläubigen wie Muslimen, sondern auch gegenüber vielen anderen Gruppen der Gesellschaft, die von der „Norm“ abweichen. Doch gibt es auch ein positives Signal für diejenigen, die religiös sind: Sehr religiöse Menschen, die zugleich jedoch **nicht** einen Überlegenheitsanspruch der eigene christlichen Religion vertreten, neigen in einem vergleichsweise geringen Ausmaß zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – ebenso wenig wie die überhaupt nicht Religiösen. In diesem Fall also „schadet“ die Religiosität nicht, sie „nützt“ aber auch nicht.

Wie steht es also mit der Forderung, christliche Werte wieder stärker in Recht, Gesetz und staatlichen Entscheidungen zu verankern? Verspricht dies Gutes für schwache Gruppen? Die Antwort darauf muss lauten – es kommt darauf an, welche Werte damit gemeint sind. **Offenbar haben Protestanten, Katholiken und Konfessionslose recht unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie christliche Werte verstanden wissen wollen.** Konfessionslose, die eine anti-säkulare Haltung vertreten, d.h., der Meinung sind, Staat und Gesetz sollten sich mehr an christlichen Grundwerten orientieren, neigen in der Tendenz weniger zur Abwertung schwacher Gruppen – insbesondere weniger zur Fremdenfeindlichkeit. Antisäkular orientierte Katholiken stimmen rassistischen, sexistischen und homophoben Aussagen stärker zu als säkular orientierte. Antisäkular orientierte Protestanten erweisen sich mit wenigen Ausnahmen sogar gegenüber fast sämtlichen von uns erfassten schwachen Gruppen als feindseliger.

Deutsche Zustände
Folge 4
Thematische Einzelanalysen in 2005

Ein intensiverer *intra-religiöser Dialog* christlicher Kirchen über das Verhältnis von Glaube, Wahrheit und Ungleichwertigkeit erscheint mindestens ebenso notwendig, wie der *inter-religiöse Dialog* mit anderen Glaubensrichtungen.

Kontaktadresse:

Dr. Beate Küpper
Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Beate.Kuepper@uni-bielefeld.de